



EU-Gruppe

Kurzversion des BSA-Konzeptes zur Europäischen Energiepolitik

April 2014

Eine europäische Energiewende muss nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sozialen und ökologischen Gründen sinnvoll sein. Die Gesellschaft inklusive nachfolgender Generationen soll von einer hohen Umweltqualität, hochwertigen Arbeitsplätzen und Einsparungen im Energieverbrauch profitieren. Ein gesicherter und leistbarer Zugang zur Stromversorgung für die ärmsten Bevölkerungsschichten ist dabei Grundvoraussetzung. Auch auf globaler Ebene fordern wir Verantwortung im Umgang mit Energie und Solidarität beim Zugang zur Stromversorgung.

- **Wichtigstes Ziel im Energiesektor ist die Reduktion des Energieverbrauchs.**
 - **Stärkung der Anreize für Verhaltensänderungen in Richtung Energiesparen.**

Um von der Wegwerf-Gesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft zu kommen, sollen energiesparende Verhaltensweisen unterstützt werden. Etwa mittels Bewusstseinsbildung, Verbraucherinformationen oder über Vorgaben etwa zum abendlichen Ausschalten elektrischer Geräte im Öffentlichen Dienst.
 - **Berücksichtigung „grauer Energie“ von Produkten.**

Die Umweltauswirkung von Produkten ist durch den Energiebedarf in Herstellung und Gebrauch, durch Lebensdauer und Entsorgung (bzw. Wiederverwendung oder Recycling) in Form einer Lebenszyklusanalyse zu erfassen und als Information für Verbraucher aufzubereiten. Diese Lebenszykluskosten sollen in der öffentlichen Beschaffung berücksichtigt werden. So kann der Obsoleszenz von Produkten (absichtlich kurzlebige Produkte) entgegengewirkt werden.

werden nach wie vor mit finanzieller Hilfe der EU und der Nationalstaaten stillgelegt, die Kosten des Atommülltransportes und -lagerung werden von den Staaten mitfinanziert. Die endgültige Atommülllagerung ist nach wie vor ungelöst, die Kosten nicht abschätzbar. Somit ist Nuklearenergie weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels.
 - **Unterstützung energiesparender Investitionen bei sozialer Bedürftigkeit.**

Für Haushalte bedeutet Energieeffizienz in vielen Fällen Investitionen in Geräte oder Maßnahmen. Daher muss es Finanzierungshilfen oder Förderungen für Menschen mit niedrigem Einkommen und Vermögen geben.
 - **Rechtliche Rahmenbedingungen zur Reduktion des Energieverbrauchs.**

Beispielsweise durch Produktnormen zum Standby-Betrieb oder geeignete Datenschutzlösungen bei *Smart Metering* und *Smart Grids*.
 - **Auf EU-Ebene muss ein ambitioniertes Energieeffizienzziel definiert werden.**

Dieses ist auf Ziele für EU-Mitgliedstaaten aufzuteilen.
- **Der verbleibende Bedarf ist insbes. durch erneuerbare Energien zu decken.**
 - **Erneuerbare Energien haben ein hohes Potential für die umwelt- und sozialverträgliche Energiebereitstellung.**

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist wünschenswert, er hat unter kosteneffizienten, ressourcenschonenden, ökologischen, sozialen und volkswirtschaft-

lichen Aspekten zu erfolgen. Dazu muss der gesamte Lebenszyklus (inklusive der Bereitstellung der notwendigen Technologien) berücksichtigt werden.

- **Eine unreflektierte Verwendung von Biomasse ist abzulehnen.**
Biomasse als Energieträger steht mit Nutzungsformen wie der Lebensmittel- oder Holzproduktion in Konkurrenz und ist nicht zwangsläufig ökologisch und sozial verträglich. Ein Negativbeispiel ist das Abholzen primärer Urwälder zum Anbau artenarmer Palmölplantagen, was ärmsten Bevölkerungsschichten schadet (Verlust von Ökosystemleistungen wie Jagd, Fischerei, Brennholz, Lebensmittel, Schutz vor Hochwasser und Versalzen des Grundwassers). Biomasseproduktion darf keine Monokulturflächen, Ausbringung von Neophyten oder gentechnisch veränderter Organismen, Zerstörung von Naturflächen, Verwendung von Düngemitteln, Insektiziden, Pestiziden oder Fungiziden mit sich bringen. Sinnvoll ist die Nutzung anfallender Biomasse (wie Abfall).
- **Erneuerbare Energien können mit Regionalität punkten.**
Um Abhängigkeiten zu vermeiden, soll die Energieumsetzung und -bereitstellung regional erfolgen, sofern dies effizient und nicht unverhältnismäßig teuer ist. Ohne Trendumkehr bei Energieverbrauch und -mix wird die Importabhängigkeit der EU von fossilen Rohstoffen wie russischem Gas steigen. Die Reduktion der Abhängigkeit muss ein wesentliches Ziel der EU werden.
- **Auf EU-Ebene ist ein verpflichtendes und ambitioniertes Ziel für erneuerbare Energien notwendig.**
Dieses soll deutlich über dem prognostizierten Wert von 27% Anteil am Endenergieverbrauch liegen und ist auf verpflichtende Ziele für die EU-Mitgliedstaaten aufzuteilen.
- **Versorgungssicherheit hat eine hohe Priorität.**
Es braucht EU-weite Anstrengungen für einen intelligenten Stromverbrauch, effiziente Energiespeicherung und einen verstärkten Ausbau der Stromnetze. Um Schwankungen der Stromerzeugung durch volatile erneuerbare Energien an Schwankungen des Stromverbrauchs anzugleichen und somit kritischen Netzsituationen vorzubeugen, ist ein Ausbau der Stromnetze und Speichermöglichkeiten nötig.
 - **Energieraumplanung ist notwendig.**
Ein akkordierter Energieraumplan kann durch die Berücksichtigung von Naturschutz gesellschaftliche Akzeptanz ermöglichen und helfen, den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieinfrastruktur zu erreichen. Er ist Entscheidungsgrundlage für neue Projekte, deren Umsetzung dadurch beschleunigt wird. Darüber hinaus ist die Harmonisierung von Grenzwerten wie Schall oder elektromagnetische Felder notwendig, Genehmigungsverfahren für das Upgrade von Übertragungsleitungen sind zu vereinfachen und Verteilnetze sind an ihre Kapazitätsgrenze heranführen.
- **Energiearmut muss verhindert werden.**
Nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler Ebene ist Energiearmut ein ernstzunehmendes Problem, dem es entgegen zu treten gilt.
 - **Energiezugang für Alle gewährleisten.**
Es ist ein wichtiges Prinzip der Daseinsvorsorge, lebenswichtige Dienstleistungen wie Strom nicht einfach dem freien Markt zu überantworten, sondern durch klare Rahmenbedingungen den Zugang jedes Einzelnen zu gewährleisten. Daher ist auch der Schutz des Energiemarktes vor Finanzialisierung notwendig, etwa durch ein Spekulationsverbot für branchenfremde Investoren auf Energie-Terminmärkten. Weiters sind Maßnahmen wie thermische Sanierungen von Altbau- und Mietwohnungen, in denen einkommensschwache Personen leben, notwendig. Besonders wichtig sind Präventionsmaßnahmen gegen Strom-Abschaltungen.

- **Die Energiewende muss effektiv, kosteneffizient und transparent sein.**
Die Wirtschaftlichkeit der Investitionen und die Leistbarkeit von Energie hängen unmittelbar zusammen. Förderungen sind gezielter zu vergeben, etwa durch die Umwandlung von Heizkostenzuschüssen zu Förderungen für Effizienzmaßnahmen.
- **Eine Energiewende muss ökologischen und sozialen Ansprüche gerecht werden, integratives Denken ist gefragt.**
 - **Die Messung von Treibhausgasemissionen reicht nicht.**
Klimaschutz ist ein wichtiger Teil des Umweltschutzes, ein ambitioniertes EU-Treibhausgasreduktionsziel ist notwendig. Neben Klimaschutz sind aber auch Aspekte wie im Verkehrssektor Verteilungsgerechtigkeit, Internalisierung externer Kosten, Platzverbrauch parkender Autos, Sicherheitsaspekte, Lärmemissionen oder Ressourcenaufwand zur Fahrzeugproduktion zu berücksichtigen. Viele der EU-Mitgliedstaaten, die bei der Klima- und Energiepolitik 2020-2030 auf ein alleiniges Treibhausgasziel setzen, wollen damit ihre Nuklearindustrie stärken. Eine umfassende Analyse der Umweltauswirkungen ist dabei nicht erwünscht.
 - **Es gibt mehr als nur rein technologische Maßnahmen.**
Beim Fokussieren auf Technik werden oft Umweltschutzaspekte oder die Verteilungsgerechtigkeit zu wenig berücksichtigen. So kommen etwa Förderungen von Elektroautos einkommensstarken oder vermögenden Personen zu Gute, während eine bessere Raumplanung unter Berücksichtigung von FußgängerInnen, RadfahrerInnen, dem öffentlichen Verkehr oder auch Möglichkeiten zum Teleworking einer viel breiteren Bevölkerungsschicht zu Gute kommt.
 - **Arbeitsplätze im Energiesektor müssen faire Einkommen sicherstellen.**
Die Schaffung prekärer Arbeitssituationen oder neuer Niedriglohnsegmente (Stichwort „*Working Poor*“) ist abzulehnen.
 - **Forschung und Entwicklung zur Verbrauchsreduktion sind wichtig.**
 - **Kostenwahrheit ist herzustellen**
Um Kostenwahrheit und fairen Wettbewerb herzustellen, ist die Internalisierung externer Kosten erforderlich. Dabei sind alle Energieträger zu beleuchten. Zunächst müssen Förderungen von fossilen und nuklearen Energien abgebaut werden, mittelfristiges Ziel muss ein förderfreies Energiesystem sein, in dem sich erneuerbare Energien auch ohne Förderung behaupten können.
- **Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden.**
Verbrauchsintensives Verhalten – egal, ob in Gewerbe und Industrie oder bei Privaten – darf weder steuerlich begünstigt werden noch öffentliche Zuwendungen erhalten. Das Thema Energie soll im Rahmen einer sozialen und ökologischen Steuerreform diskutiert werden.
- **Mitbestimmung bei der Energiepolitik ist unumgänglich.**
Entscheidungen etwa zur Sicherung der Versorgung müssen frühzeitig transparent kommuniziert werden und soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen. Sie sollen nicht erst bei der Umsetzung, sondern bereits bei der Planung öffentlich gemacht werden.
- **Nuklearenergie ist keine Lösung.**
Abzulehnen sind Technologien, die gefährliche langfristige Schäden für Umwelt oder Mensch hervorrufen können – wie etwa die Nuklearenergie. Nuklearenergie darf keine staatlichen Förderungen erhalten, die Frage der Atommüll-Lagerung ist rasch zu klären.
 - **Volkswirtschaftliche und soziale Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten sind vom Verursacher zu tragen.**
Nuklearenergie ist mit Risiken verknüpft, die eine katastrophale Dimension erreichen können. Betreiber nuklearer Anlagen tragen derzeit weder die wahren Kosten für die Atomstrom-Erzeugung noch die volle Haftung im Falle eines Unfalles.

Kernkraftwerke werden nach wie vor mit finanzieller Hilfe der EU und der Nationalstaaten stillgelegt, die Kosten des Atommülltransportes und -lagerung werden von den Staaten mitfinanziert. Die endgültige Atommülllagerung ist nach wie vor ungelöst, die Kosten nicht abschätzbar. Somit ist Nuklearenergie weder eine nachhaltige Form der Energieversorgung noch eine tragfähige Option zur Bekämpfung des Klimawandels.

- **Unabhängigkeit von fossilen Energiequellen ist notwendig.**
Derzeit werden Kriege geführt und ungerechte politische Regime unterstützt um Zugang zu fossiler Energie zu erhalten. Die EU ist aufgrund ihres Energiehungers erpressbar.
 - **Auch regionale Ausbeutung fossiler Brennstoffe ist kritisch.**
Im Falle etwa der Öl- oder Gasschiefer ist der Extraktionsaufwand mit Wasserverbrauch, Verschmutzungs- und Vergiftungsrisiko verbunden.
 - **Ausnahmen für energieintensive Sektoren sind zu definieren.**
Einige Industriesektoren benötigen Temperaturen, welche mittels Stromeinsatz nur sehr energieintensiv zu erreichen sind. Solange keine neuen Technologien bekannt sind oder die Produkte substituiert werden (etwa durch die Nutzung von Holz statt Stahl in der Bauindustrie) ist der Einsatz fossiler Brennstoffe notwendig. Allerdings sollen Verbesserungspotentiale ausgeschöpft werden, etwa indem rechtliche Rahmenbedingungen Recycling fördern und die betriebliche Nutzung von Abwärme bei neuen Standorten vorschreiben oder Wirkungsgrade durch Kraft-Wärme-Kopplung verbessert werden.
 - **CCS (Carbon Capture and Storage) ist keine Lösung.**
CCS soll das beim Betrieb von Kraftwerken und Industrieanlagen mit fossilen Brennstoffen anfallende CO₂ binden und lagern. Diese „end of pipe“-Technologie löst die Ursache der Emissionsentstehung (Energieverbrauch, fossile Brennstoffe) nicht. Klimaschutz ist mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien erreichbar. CCS hingegen ist weder nachhaltig, noch eine Übergangslösung, da ein enormer zeitlicher und finanzieller Aufwand zur Entwicklung und Anwendung der Technologie erforderlich ist. Die aufgewendeten Mittel fehlen bei der Entwicklung und Nutzung nachhaltiger Maßnahmen.

Impressum

Die Mitglieder der BSA-EU Arbeitsgruppe Energie haben ihre Expertise als BSA-Mitglieder und nicht in ihrer beruflichen Funktion eingebracht.

AutorInnen (ohne akademische Titel):

Georg Beckmann
Horst Brandlmaier
Karl Dorfmeister
Pia Paola Huber
Ana Jakil
Christian Reiter
Sonja Schneeweiss
Astrid Steiner
Peter Weichselbaum

Rückfragen gerne an:

Pia Paola Huber
Tel: 0650 255 65 51
E-Mail: pia_huber@gmx.net

Langversion unter <https://europa.bsa.at/bsa-eu-konzepte>.